

## Spahn im Maskenskandal: Hohe Preise und Vorwürfe unter Druck!

Jens Spahn verteidigt teure Maskenbestellungen während der Pandemie; kritische Berichte werfen Fragen zur Beschaffung auf.



**Münster, Deutschland** - Jens Spahn, der Unionsfraktionschef und ehemalige Gesundheitsminister, steht erneut im Mittelpunkt öffentlicher Vorwürfe wegen seiner Entscheidungen bei der Beschaffung von Corona-Schutzmasken. In einem aktuellen Podcast äußerte sich Spahn zu den kritisierten Maskenbestellungen und einem Logistikauftrag, der ihm das Vertrauen in der Bevölkerung entzogen hat. Er wies die Anschuldigungen zurück und betonte, dass schnelles Handeln in der Krise essenziell war, da alle Ressourcen knapp waren. Dieser Kontext ist entscheidend, um die Vorwürfe, die aus einem internen Bericht der Sonderermittlerin Margarethe Sudhof hervorgehen, zu verstehen. Die „Süddeutsche Zeitung“, WDR und NDR haben umfassend über die Thematik berichtet und

dabei mehrere kritische Punkte aufgeworfen.

Der Bericht, der etwa 170 Seiten umfasst und unter Verschluss gehalten wird, untersucht die chaotischen Beschaffungsprozesse von Corona-Masken, die letztlich laut dem Bundesministerium für Gesundheit (BMG) 5,9 Milliarden Euro kosteten. Spahn gab zu, dass die Logistik ohne Ausschreibung abgewickelt wurde, um in der pandemischen Notlage schnell reagieren zu können. Kritiker wie Britta Haßelmann von den Grünen und Christian Görke von der Linksfraktion fordern jedoch eine vollständige Offenlegung des Berichts durch die aktuelle Gesundheitsministerin Nina Warken (CDU).

## **Ungeklärte Vorwürfe und politische Reaktionen**

Die politischen Reaktionen auf die Enthüllungen sind steil. Die Opposition fordert eine detaillierte Aufklärung und spricht von möglichen Führungsschwächen im BMG. Spahn bestreitet, dass er illegal gehandelt habe; er verwies darauf, dass die Umstände und die Dringlichkeit der Pandemie ihm damals wenig Spielraum ließen. Trotz dieser Argumentation gibt es Forderungen nach einem Untersuchungsausschuss, um den Vorgängen um die Maskenbeschaffung auf den Grund zu gehen. Es ruft Befürchtungen hervor, dass diese Entscheidungen auch langfristig zu einem Vertrauensverlust in die Politik führen könnten.

Der Vertrag mit der Logistikfirma Fiege, der ohne öffentliche Ausschreibung zustande kam, belastet die öffentliche Wahrnehmung weiter. Diese Entscheidung wird als unrechtmäßig betrachtet, da sie gegen die zuständigen Beschaffungsregeln verstößt. Es wird auch untersucht, warum die Auswahlbestätigung für Fiege erst nachträglich erstellt und datiert wurde.

## **Fehlgeschlagene Mengensteuerung und**

# Reaktionen des Bundesrechnungshofes

Zusätzlich zur politischen Diskussion bietet ein Bericht des Bundesrechnungshofes einen alarmierenden Blick auf die Hintergründe der Maskenbeschaffung. Das BMG beschaffte insgesamt 5,7 Milliarden Masken, dokumentiert jedoch nicht den tatsächlichen Bedarf, der deutlich geringer war. Mehr als zwei Drittel der Masken wurden nie verwendet; über die Hälfte wurde bereits als unbrauchbar erklärt und vernichtet. Dabei summieren sich die Folgekosten für Lagerung und Verwaltung auf 460 Millionen Euro, wobei für das Jahr 2024 zusätzliche Ausgaben von bis zu 534 Millionen Euro prognostiziert werden.

Die vorab als „VS - Nur für den Dienstgebrauch“ eingestufte Dokumentation und die mangelhafte Transparenz haben den Rechnungshof veranlasst, die gesamte Beschaffungsstrategie als ineffizient und unwirtschaftlich zu kritisieren. Jens Spahn selbst räumt ein, dass er in dieser Kauffase möglicherweise Fehler gemacht hat und betont den dringenden Bedarf, die Lehren aus der Pandemie nachhaltig zu verinnerlichen.

Es bleibt zu hoffen, dass die Forderungen nach mehr Transparenz und kritischer Aufarbeitung der Beschaffungsmaßnahmen Gehör finden und für zukünftige Krisen adäquate Strukturen geschaffen werden. Der Druck auf die Politik wächst, um nicht nur versäumte Aufklärung zu leisten, sondern auch um zukünftige Fehlentscheidungen zu vermeiden.

Details	
<b>Vorfall</b>	Korruption
<b>Ursache</b>	finanzielle Risiken
<b>Ort</b>	Münster, Deutschland
<b>Schaden in €</b>	5900000000
<b>Quellen</b>	<ul style="list-style-type: none"><li>• <a href="http://www.dewezet.de">www.dewezet.de</a></li><li>• <a href="http://www.tagesschau.de">www.tagesschau.de</a></li><li>• <a href="http://www.bundesrechnungshof.de">www.bundesrechnungshof.de</a></li></ul>

**Besuchen Sie uns auf: [n-ag.net](http://n-ag.net)**